

**Kämpfer für
den Mindestlohn**
Bundesfinanzminister
Schäuble



MINDESTLOHN

Abschreckung wirkt

Das Bundesfinanzministerium und seine Zoll-Sondereinheit FKS machen bei der Überwachung der Mindestlöhne ernst.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat nicht nur die Zahl der Branchen mit flächendeckenden Mindestlöhnen erhöht. Der Staat achtet auch immer stärker darauf, dass die Untergrenzen eingehalten werden. So hat die Zoll-Sondereinheit „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ (FKS), die Bundesfinanzminister **Wolfgang Schäuble** (CDU) untersteht, 2012 insgesamt 34 372 Arbeitgeber in den Mindestlohnbranchen überprüft. Das sind mehr als doppelt so viele wie vor drei Jahren. Dabei nahmen die Kontrolleure vor allem die Bauwirtschaft (26 775 Unternehmen) unter die Lupe. Ebenfalls unter besonderer Beobachtung: 3443 Gebäudereinigungsbetriebe und die Abfallwirtschaft mit 1060 Firmen. Zudem prüften sie 844 Pflegebetriebe sowie 264 Wäschereien.

Schäubles Finanzstaatssekretär **Hartmut Koschyk** (CSU) sieht in der kräftig gestiegenen Zahl der Kontrollen „einen Beleg dafür, dass diese Regierung ihre Mindestlohnpolitik ernst nimmt“. Ziel sei es, den Druck noch weiter zu erhöhen. „Für Hungerlöhne gibt es in Deutschland keine Toleranz.“

Immerhin ist die Quote der Verstöße bei den kontrollierten Unternehmen binnen drei Jahren deut-

lich gesunken – von 9,9 auf 6,4 Prozent. Insgesamt ermittelte die FKS 2188 Fälle, in denen nicht mal der Mindestlohn gezahlt wurde. Grund dafür ist unter anderem die Einbeziehung weiterer Branchen, insbesondere der Sicherheitsdienstleister. Unter den 1924 geprüften Betrieben fanden die Kontrolleure 124 schwarze Schafe. In der Abfallwirtschaft waren es 55, bei den Pflegeberufen 50 Verstöße. Am schmutzigsten: die Wäschereien – fast jede zehnte zahlte zu wenig. Bei den Bauunternehmen registrierte der Zoll im vorigen Jahr 1690 Vergehen und damit 17 Prozent mehr als 2009, während sich bei den Gebäudereinigern ein Zuwachs um 22 Prozent auf 248 Verstöße ergab.

Kaum gestiegen sind jedoch die Geldbußen. Insgesamt mussten Arbeitgeber 2012 rund 16 Millionen Euro Strafe zahlen, weil sie ihren Mitarbeitern den Mindestlohn verweigert hatten.

Jeder neunte Arbeitnehmer verdient derzeit weniger als jene 8,50 Euro pro Stunde, die Gewerkschaften, SPD und Grüne als generellen Mindestlohn einführen wollen, teilte das Finanzministerium auf Anfrage der Bundestagsfraktion der Grünen mit. Die sogenannte Verdienststrukturerhebung ergab auch, dass in den neuen Ländern sogar jeder Vierte unter der Schwelle verdient. Am günstigsten ist die Lage in Bayern. Dort erhalten nur knapp acht Prozent der Beschäftigten weniger als 8,50 Euro pro Stunde.

christian.ramthun@wiwo.de | Berlin

Mehr Razzien

Entwicklung der Kontrollen, ob Mindestlöhne unterschritten wurden (2012 gegenüber 2009)

Kontrollierte Arbeitgeber

+106%



auf 34 372

Eingeleitete Ermittlungsverfahren

+33%



auf 2188

Eingenommene Bußgelder

+5%



auf 16 Mio. €

Quelle: BMF